

Geld trifft Moral

Seit 20 Jahren bietet Etika Sparkonten an, mit denen nachhaltige Projekte finanziert werden

VON NADIA DI PILLO

Eigentlich wollte Mike Mathias seine Idee von einem „ethisch vertretbaren Sparkonto“ schon aufgeben. Doch dann kam überraschend ein Anruf aus der Chefetage der Luxemburger Spuerkeess.

Der Anruf, der alles in Gang setzte, kam im September 1996. „Wir hatten die Hoffnung auf die Unterstützung einer luxemburgischen Bank schon fast aufgegeben. Doch dann bekundete die Spuerkeess Interesse, mit uns gemeinsam an einem alternativen Sparmechanismus zu arbeiten“, erinnert sich Mike Mathias an die Gründerzeit. Und plötzlich musste es ganz schnell gehen: „Wir hatten nur drei Monate Zeit, um eine nach unseren Vorstellungen optimale Form für ein Sparkonto einzurichten“. Die Idee war und ist: Sparer bekommen auf ihre Anlagen weniger Zinsen als herkömmlich, aus der Zinsdifferenz und dem Anlagevermögen werden dann günstige Kredite an Unternehmen, Vereine und Einzelpersonen vergeben, deren Aktivitäten sozialen und ökologischen Mehrwert nachweisen können.

Am 1. Januar 1997 startete das Projekt „Alterfinanz“, und die fünf Gründungsvereine – ASTM, Cercle de coopération des ONG de développement, Demeter Bond, Fondation Caritas und Stiftung Oeko-fonds – hatten von Anfang an ein klares Ziel: „Wir wollten nach einem Jahr 500 Kontoinhaber zählen, nach fünf Jahren 1000“. Doch der erhoffte Erfolg ließ lange auf sich warten: „Erst nach der Finanzkrise im Jahr 2008 konnten wir unser Ziel erreichen“, räumt Mike Mathias ein. Besser sah es beim bis dahin bereits eingesammelten Anlagevermögen aus: „Wir wollten seinerzeit im ersten Jahr 100 Millionen luxemburger Franken erreichen, tatsächlich waren es dann bereits 180 Millionen Franken.“

Längst hat sich der ethisch-orientierte, gemeinnützige Verein – seit dem Jahr 2000 unter dem Namen „Etika“ – zu einer echten Alternative in der luxemburgischen Bankenlandschaft entwickelt. So stieg die Zahl der Sparkonten auf 1100, die Geldeinlagen summieren



Freuen sich über den bisherigen gemeinsamen Weg: Mike Mathias, Etika-Gründungsmitglied, und Françoise Thoma, die Generaldirektorin der Luxemburger Spuerkeess. (FOTO: CHRIS KARABA)

„Erst nach der Finanzkrise im Jahr 2008 konnten wir unser Ziel erreichen.“

Mike Mathias

sich auf 52 Millionen Euro. Besonders während der Finanzkrise konnte Etika seine Kundenzahl verdoppeln.

Doch es hätten mehr sein können. „Wir erreichen derzeit 0,35 Prozent der luxemburger Bevölkerung. Natürlich hätten wir es besser machen können, aber es ist auch noch keine Katastrophe“, meint Mike Mathias. In den Niederlanden etwa hat die 1980 gegründete und mit Etika im Grundsatz vergleichbare Triodos-Bank einen Anteil von 0,7 Prozent innerhalb der Bevölkerung – es bleibt demnach „ein ganz kleiner Markt“.

Dass der Verein mit ethisch-sozialer Ausrichtung keinen Boom verzeichnen konnte, erklärt die Generaldirektorin der Luxembur-

ger Spuerkeess, Françoise Thoma, auch mit der aktuellen Situation: „Die niedrigen Zinsen sind kein Anreiz, das Wenige, was man bekommt, auch noch zu teilen.“ Zudem gibt es für die Anleger im ethischen Bereich zahlreiche Alternativen – etwa Fondsprodukte, die nach sozialen und ökologischen Kriterien investieren.

Dennoch ist das Potenzial groß: Françoise Thoma geht davon aus, dass die jüngeren Generationen mehr Wert auf soziale, ethische oder grüne Aspekte bei der Geldanlage legen. Daher hält sie es auch für möglich, das Angebot von Etika noch vielfältiger zu gestalten und weitere nachhaltige Finanzprodukte anzubieten. „Der Finanzplatz braucht alternative Formen der Geldanlagen. Es geht nicht um das gute Gewissen der Banken, sondern darum, einer realen Nachfrage gerecht zu werden. Zudem sind wir der Meinung, dass Finanzwirtschaft und soziale Gerechtigkeit sich nicht widersprechen.“

Auch Magali Paulus, seit neun Jahren Präsidentin von Etika, schwebt vor, weitere an ethischen

Grundsätzen ausgerichtete Finanzprodukte anzubieten, wie etwa Versicherungen. Doch mit Finanzprodukten allein ist es nicht getan: „Wir wollen vor allem das Bewusstsein für das Miteinander von Geld und sozialer Verantwortung vorantreiben und Verbraucher stärker sensibilisieren. Diese Arbeit werden wir unter anderem mit dem Zentrum für politische Bildung durchführen.“ Dabei wird Etika auch weiterhin einen Schwerpunkt auf Transparenz legen. „Wir sagen den Kunden, was mit ihrem Geld passiert und welche Initiativen wir mit ihrem Geld finanzieren. Das ist und bleibt eine wesentliche Säule.“

„Finanzwirtschaft und soziale Gerechtigkeit widersprechen sich nicht.“

Françoise Thoma

China will Subventionen für Stahlbranche abbauen

Außenminister Jean Asselborn spricht von einem „fairen Kompromiss“ in der Frage der Überkapazitäten

Berlin. Die führenden Wirtschaftsmächte sind sich nach hartem Ringen grundsätzlich einig über einen Abbau von globalen Überkapazitäten auf dem Stahlmarkt. Konkrete Vereinbarungen, wie dies geschehen soll, gibt es allerdings nicht. Mögliche Strafzölle der USA auf Stahlimporte vor allem aus China, aber auch aus Europa sind nicht vom Tisch.

Bei einem Spitzentreffen in Berlin verabschiedeten die G20-Staaten am Donnerstag ein gemeinsames Papier. In einem Bericht halten sie fest, dass es einen Abbau „marktverzerrender Subventionen“ und von Überkapazitäten geben soll. Außerdem sind „konkrete politische Handlungsemp-

fehlungen“ geplant, und es soll einen Datenaustausch geben. An dem Treffen nahmen auch weitere Staaten der OECD teil.

„Wir haben einen wichtigen politischen Schritt gemacht, obwohl es am Anfang nicht danach aussah“, sagte Außenminister Jean Asselborn dem „Luxemburger Wort“. „Wir haben einen fairen Kompromiss gefunden. Die Chinesen haben signalisiert, die Frage der Subventionen anzugehen und diese auch abzubauen“, so Asselborn weiter.

Die USA begrüßten das Papier – es seien aber tatsächliche politische Veränderungen notwendig. Der US-Stabschef im Büro des Handelsbeauftragten, Jamieson

Greer, sagte: „Die grundlegenden Probleme sind noch nicht wirklich angegangen worden.“

Die europäische Stahlbranche leidet seit längerem unter weltweiten Überkapazitäten, was Unternehmen unter Druck gesetzt hat. Das Problem sei angegangen worden, aber langfristig nicht gelöst, sagte der Europachef von ArcelorMittal, Aditya Mittal am Dienstag.

Der chinesische Vize-Handelsminister Li Chenggang sagte, die Volksrepublik als weltgrößter Stahlproduzent sei zum weiteren Abbau von Produktionskapazitäten bereit. Dies sei ein „schmerzhafter Prozess“. Es könne aber nicht sein, dass nur China etwas

unternehme. Die weltweiten Überkapazitäten werden auf 740 Millionen Tonnen geschätzt. Etwa die Hälfte entfällt auf China, erklärte Asselborn.

In Verhandlungskreisen hieß es, es sei ein Erfolg, dass das Papier als Basis für eine weitere Zusammenarbeit gemeinsam verabschiedet worden sei. Das Spitzentreffen habe lange vor dem Scheitern gestanden, weil China sich geweigert habe zuzustimmen. Umstritten gewesen sei ein Passus darüber, dass die Regierungen Maßnahmen ergreifen sollen, um marktverzerrende Subventionen abzubauen – auch wenn sie damit nicht gegen WTO-Regeln verstößen. *dv/las/dpa*

AB InBev: l'UE confirme ses soupçons

Bruxelles. La Commission européenne a confirmé jeudi ses soupçons sur les pratiques du brasseur belgo-brésilien AB InBev sur le marché belge, qu'elle juge anti-concurrentielles. Elle estime «à titre préliminaire», que l'entreprise a «abusé de sa position dominante sur le marché belge de la bière en empêchant l'importation de ses bières Jupiler et Leffe en Belgique à partir des Pays-Bas et de la France, où ces produits sont moins chers», selon un communiqué. Elle a donc adressé jeudi à AB InBev une «communication des griefs», sorte d'acte d'accusation dans le jargon bruxellois, une étape formelle qui permettra à l'entreprise de répondre à ces critiques. «Les consommateurs belges ont sans doute dû payer plus cher pour acheter leurs bières favorites», a remarqué la commissaire européenne à la Concurrence Margrethe Vestager, citée dans le communiqué. Selon la Commission, AB InBev, plus grand brasseur du monde, «vend ses produits Jupiler et Leffe» en France et aux Pays-Bas «à des prix inférieurs à ceux qui sont pratiqués en Belgique, en raison de la concurrence plus forte que connaissent ces marchés». *AFP*

Credit-Suisse-Chef sieht Ende der Krise

Zürich. Der seit fast zweieinhalb Jahren amtierende und lange glücklose Credit-Suisse-Chef Tidjane Thiam hat den Investoren ein Ende der Krise versprochen. Er vertröstete sie aber noch bis 2019. Dann sollen der für Belegschaft und Aktionäre schmerzhaft Umbau beendet und die Bank endgültig wieder richtig aufgestellt sein, um hohe Renditen zu erwirtschaften und über genügend Kapital zu verfügen. Den Aktionären stellte Thiam eine hohe Beteiligung an den erhofften Gewinnen in Aussicht. „2018 soll das letzte Jahr der Restrukturierung sein“, sagte der im Sommer 2015 als Hoffnungsträger angetretene Thiam bei einer Investorentagung am Donnerstag. In den Jahren danach will die Bank die Hälfte der Gewinne über Aktienrückkäufe oder Dividenden an die Anteilseigner ausschütten. An der Börse kam das zunächst gut an. *dpa*

Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug

Brüssel. Die Staaten in Europa sollen nach dem Willen der EU-Kommission künftig enger im Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug zusammenarbeiten. Steuerdaten sollen etwa online schneller geteilt werden können, wie die Brüsseler Behörde gestern erklärte. Zudem sollen europäische Strafverfolgungsbehörden wie das Amt für Betrugsbekämpfung, Europol und die jüngst gegründete Europäische Staatsanwaltschaft sich besser vernetzen können. Damit die Vorschläge Gesetz werden können, müssten die EU-Staaten zustimmen. Schätzungen zufolge entgehen den öffentlichen Kassen in der EU mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr wegen Mehrwertsteuerbetrugs. *dpa*